

Laibacher Zeitung.

Mr. 17.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Die die Postung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 22. Jänner

Insertionsgebühren: Die 10 Rollen: 1mal 50 fr., 2mal 50 fr., 3mal 50 fr., 4mal 50 fr., 5mal 50 fr., 6mal 50 fr., 7mal 50 fr., 8mal 50 fr., 9mal 50 fr., 10mal 50 fr.

1874.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome dem Regierungsrathe Dr. Anton Schöppel als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Ritterstand mit dem Prädicate „Sonnenwalden“ allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Justizminister hat den mit Titel und Charakter eines Rathessecretärs beleibeten Bezirksgerichtsadjuncten Gregor Kerzöl in Krainburg zum Bezirksrichter in Laas ernannt.

Rundmachung des Finanzministeriums vom 10. Jänner 1874

betreffend die Außercurssetzung der bisherigen deutschen Landes-Goldmünzen.

Der deutsche Bundesrath hat auf Grund der Art. 8, 13 und 16 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 die Außercurssetzung der bisherigen deutschen Landes-Goldmünzen und der landesgesetzlich den inländischen Münzen gleichgestellten ausländischen Goldmünzen angeordnet.

In Anbetracht des allgemeinen Interesses, welches sich an diese Maßregel knüpft, wird die betreffende Bekanntmachung hiemit verlaublich.

Preis m. p.

Bekanntmachung

betreffend die Außercurssetzung der Landes-Goldmünzen und der landesgesetzlich den inländischen Münzen gleichgestellten ausländischen Goldmünzen.

Vom 6. Dezember 1873.

Auf Grund der Art. 8, 13 und 16 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 (R. G. Bl. S. 233) hat der Bundesrath die nachstehenden Bestimmungen getroffen:

§ 1. Vom 1. April 1874 an gelten sämtliche bis zum Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Ausprägung von Reichs-Goldmünzen vom 4. Dezember 1871 (R. G. Bl. S. 404) geprägten Goldmünzen der deutschen Bundesstaaten nicht ferner als gesetzliches Zahlungsmittel.

Es ist daher vom 1. April 1874 ab außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Goldmünzen in Zahlung zu nehmen.

Von demselben Zeitpunkte ab verlieren die landesgesetzlich den inländischen Münzen gleichgestellten ausländischen Goldmünzen die Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Eine Einlösung derselben findet nicht statt.

§ 2. Die im Umlaufe befindlichen Landes-Goldmünzen werden in den Monaten April, Mai und Juni 1874 von den durch die Landes-Centralbehörden zu bezeichnenden Kassen derjenigen Bundesstaaten, welche die Goldmünzen geprägt haben, beziehungsweise in deren Gebiet dieselben gesetzliches Zahlungsmittel sind, nach dem in den §§ 3 und 4 festgesetzten Werthverhältnisse für Rechnung des deutschen Reiches sowohl in Zahlung angenommen als auch gegen Reichs-Goldmünzen, beziehungsweise Landes-Silbermünzen umgewechselt.

Nach dem 30. Juni 1874 werden Landes-Goldmünzen auch von diesen Kassen weder in Zahlung noch zur Umwechslung angenommen.

§ 3. Die Einlösung der nachstehend verzeichneten Goldmünzen erfolgt zu dem dabei vermerkten festen Werthverhältnisse:

preussische Friedrichsd'or zu	5 Thlr. 20 Sgr.
türkeische Pistolen zu	5 " 20 "
württembergische, badische, großherzoglich hessische Zehn- und Fünfguldenstücke zu 10 fl. bez.	5 fl. — fr.
württembergische Ducaten (Prägung seit 1840) zu	5 " 45 "
badische Ducaten (Prägung seit 1837) sogenannte Rheingoldducaten zu	5 " 35 "
badische 500-Kreuzerstücke zu	8 " 20 "

§ 4. Für alle im § 3 nicht aufgeführten Goldmünzen deutscher Bundesstaaten wird lediglich der Werth ihres Gehaltes an feinem Golde mit 1395 Mark oder 465 Thaler für das Pfund Feingold vergütet.

Zu diesem Behufe ist der Kasse bei Einlieferung der Goldmünzen, deren Einlösung beabsichtigt wird, ein Verzeichnis derselben, in welchem die einzelnen Münzsorten nach Stückzahl, Gattung (Bild) und Jahreszahl sammtlich aufzuführen sind, in zwei Exemplaren ein-

reichen, deren eines nach erfolgter Prüfung mit Empfangsbcheinigung zurückgegeben wird und gegen dessen Vorzeigung und Rückgabe seinerzeit, falls sich sonstige Anstände nicht ergeben haben, die Zahlung des von der Münzverwaltung festgesetzten Metallwerthes erfolgt. Der Zeitpunkt, von welchem ab die Einlösungsbeträge erhoben werden können, wird von den Landesbehörden bekannt gemacht werden.

Auf Denkmünzen, Schaumünzen und ähnliche nicht ausschließliche zum Umlauf bestimmte Münzstücke finden obige Bestimmungen keine Anwendung.

§ 5. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausche (§ 2) findet auf durchlöcherter und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte, ungleichen auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Inbetracht der Grenze der Gewichtsminderung, innerhalb deren die durch den Umlauf im Gewichte verringerten Goldmünzen der im § 3 aufgeführten Prägungen als vollständig angenommen werden, verbleibt es bei den hierüber getroffenen landesgesetzlichen Bestimmungen. In Ermangelung derartiger Bestimmungen sollen Goldmünzen, deren Gewicht um nicht mehr als fünf Tausendtheile hinter dem Normalgewicht zurückbleibt, als vollständig gelten.

Ergibt sich bei der Gewichtsprüfung eine größere Differenz, so wird der Metallwerth der Goldmünze nach Maßgabe der Bestimmung im ersten Absätze des § 4 vergütet.

Berlin, am 6. Dezember 1873.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:
Debrauck.

Nichtamtlicher Theil.

Das österreichische Parlament

trat gestern zur Action zusammen und, wie uns der elektrische Draht mittheilte, liegen die heißersehnten confessionellen (kirchlich-politischen) Gesetzentwürfe bereits auf dem Tische des Abgeordnetenhauses.

Die wiener Blätter begrüßen den Wiederbeginn der parlamentarischen Thätigkeit mit warmen Worten. Die „Tagespresse“ knüpft an den 21. d. — den Tag der Fortsetzung der Reichsrathssitzungen — an leitender Stelle einen längeren Artikel, welchem wir folgende Stellen entnehmen:

„Der Reichsrath wurde bisher stets begrüßt als Retter und zugleich Bereseter, als ein Damm, welcher die sberalistische Springsfluth abwehrt und zugleich ihrem heftigen Wellenschlage glücklich zu widerstehen vermochte, als ein Felsen, auf welchem das liberale Staatsgebäude stehn in die Höhe streben konnte, und auch zugleich als Wall, welcher gleich der berühmten römischen Mauer Humanität und Kultur gegen feindliche Angriffe und den wüsten Zorn aller Gegner eines freiheitlichen Staatswesens schützte. Seitdem jedoch durch die directen Reichsrathswahlen die Bevölkerung selbst berufen wurde, das Parlament zu bilden und wider staatsfeindliche Projekte zu beschirmen, seitdem eben dabur der Reichsrath wider jede Machination gefeilt ist, hörte der Zusammentritt desselben auf, ein Ereignis zu bilden, und ist nichts anderes als eine ordnungsmäßige, selbstverständliche Function des Parlamentarismus.“

Wenn die Wiederkehr der Reichsvertreter ohne besondere Manifestationen vor sich geht, wenn die Bevölkerung und die Publicistik sie ruhig hinnimmt, darf man darin durchaus kein Symptom der Missstimmung erblicken. Ganz im Gegentheil ist dies lediglich ein Beweis für die consolidirten Verfassungszustände. Nichts kann uns erwünschter kommen, als daß der Parlamentarismus seine Thätigkeit so geräuschlos als möglich verrichtet, daß alle Folgen desselben sich so unabänderlich, naturgemäß und stille abspielen, wie die nach unerschütterlichen Gesetzen zutage tretenden Erscheinungen der Natur. Ist doch der Staat ebenfalls ein Organismus, und wenn bisher in dem nothwendigen Mechanismus desselben Störungen eintreten oder stets befürchtet werden mußten, so war dies eben ein Symptom, daß Krankheitsstoffe vorhanden waren. Die gefährlichsten unter diesen sind indessen eben durch die Einführung der directen Wahlen beseitigt worden. Aber man darf von der Geräuschlosigkeit, unter welcher das Parlament am 21. d. M. zusammentrat, keineswegs auf eine Belanglosigkeit der seiner harrenden Aufgaben schließen, vielmehr scheint die Bedeutung derselben von Jahr zu Jahr zu wachsen.

Je gefesteter der äußere Bau der Verfassung ist, je fester die Säulen stehen, welche das Dach tragen, unter welchem Freiheit und Ordnung ebelichen, desto größere Anstrengungen scheint die innere Einrichtung zu erfordern, die Abgrenzung der verschiedenen Competenzen und insbesondere der staatlichen von der kirchlichen. Und wie ein Palast, möge er äußerlich noch so herrlich ausgestattet sein, verziert mit Kunstwerken aus der Hand gewandter Bildhauer und mit tropischen Blumen geschmückt, wenn er im Innern nicht entsprechend eingerichtet ist, nur wenig zur Behaglichkeit des Dafelns beiträgt, so kann auch ein auf den schönsten Prinzipien abgerichtetes Staatswesen nur wenig für die Befriedigung seiner Bürger leisten, wenn die individuelle Freiheit derselben nicht gesichert ist, wenn insbesondere die gesellschaftliche Emancipation derselben von einer ungerechtfertigten Vormundschaft nicht vollendet ist. Eine solche Emancipation von lästigen und fernherin nicht mehr erträglichen Fesseln sollte unsere confessionelle Gesetzgebung anstreben.

Es ist nicht im entferntesten unser Wunsch, mit Straf- und Polizeigesetzen die Kulturgesetze fortzuführen, und wir tragen kein Verlangen nach einer Bischofskrone. Man belasse die Kirche in ihrem Wirkungskreise und vertraue die Befreiung von der Uebermacht derselben innerhalb dieser Grenzen der Wissenschaft und der wachsenden allgemeinen Bildung an aber keineswegs den Kerkermeister und den Strafricktern.

Wohl aber hat die Gesellschaft ebenfalls ein Recht, sich frei zu entfalten, und dieses ist auch der österreichischen Bevölkerung durch die Staatsgrundgesetze zugesichert worden. Die Umgestaltung der Ehegesetzgebung im Sinne der bürgerlichen Gleichheit, und die Kräftigung jenes Einflusses des Laien-Elementes auf die Kirche, welche in diesem Augenblicke noch besteht, scheinen uns deshalb geboten. Die obligatorische Civilehe und das Staatspatronat sind Postulate, deren Verwirklichung nicht hintertrieben werden kann. Die Minister können wohl das Reich etwas später an dieses Ziel bringen, aber einmal wird es, wenn auch alsdann unter schweren Kämpfen, geschehen müssen. Man schreite deshalb lieber sofort und entschlossen an das Werk, und der Klerus wird, wenn er zur Erkenntnis gelangt, daß keine Prädominanz des Staates über die Kirche angestrebt wird, keinen Widerstand entgegensetzen, der uns zu Ausnahmsgesetzen zwingen würde, die, mögen sie auch gegen die Kirche gerichtet sein, durchaus kein Symptom einer liberalen Staatsentwicklung sind.“

Parlamentarisches aus Ungarn.

In der am 19. d. in Pest stattgefundenen Sitzung des Einundzwanzigerausschusses traten einige Redner für einschneidende Aenderungen in allen Administrationszweigen ein.

Paul Moricz sagt: Zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte sei die Errichtung einer selbständigen Notenbank nothwendig. Von der drückenden Last des 75-Millionenanziehens müsse das Land durch Veräußerung eines Theiles der Staatsgüter je eher befreit werden. Endlich empfiehlt er eine rationelle Ergänzung des Eisenbahnnetzes, das in seiner gegenwärtigen Systemlosigkeit und Zerissenheit immerfort Opfer an Subventionen erheischen würde, und die Umwandlung des Tabakmonopols in eine directe Steuer, wodurch bedeutende Regiekosten erspart würden.

Paul Somfics spricht gegen den Vorschlag Senyhelys einen engeren Anschluß der Honvedarmee an das gemeinsame Heer anzubahnen. Die Honvedarmee, sagt Redner, dürfe nicht der Disposition des Reichstages und der ungarischen Regierung entzogen werden. Die Obergespanne wünscht er fernerhin belassen, doch nicht als bloße Würdenträger, sondern als Beamte der Regierung. Die projectierte Territorialordnung enthalte wohl viele Mängel, doch sei dies kein Grund, dieselbe gänzlich zu verwerfen. Bei entsprechender Verbesserung könne die Regierungsvorlage allerdings als Ersatz für die Beratung dienen. Zum Schlusse betont Redner die Nothwendigkeit einer Coalition der Parteien, welche allein den Ausweg aus der drohenden Lage darbiete. Betreffs der weiteren Thätigkeit des Ausschusses beantragt Somfics die Theilung in zwei Subcomités, deren jedes eine Gruppe von Ressorts eingehend beraten, und über die Organisation, Arbeitseinteilung, das Budget derselben und eine eventuelle Umgestaltung Vorschläge erstatten soll. Ferner hätten diese Subcomités, mit besonderer Rücksicht auf die nöthig gewordene Uebertragung der im Centrum angehäuften Angelegenheiten in den Wirkungskreis der Provinz- und Localbehörden, jene energischen Maßregeln und,

wenn möglich, außerordentlichen Verfügungen namhaft zu machen, durch deren Anwendung das Gleichgewicht im Staatshaushalte sofort hergestellt werde und vorläufig gesichert bleibe.

Graf Emanuel Bely sagt: In der Verwaltung müsse man sich endlich für ein System entscheiden; die Verquickung von Centralisation und Decentralisation müsse einer entschiedenen Durchführung der Decentralisation Platz machen. Englands Beispiel beweise, daß sich dieselbe ganz gut mit dem parlamentarischen System vertragen. Um eine ersprießliche Thätigkeit der Legislative zu ermöglichen, möge ein Staatsrath errichtet werden, dessen Hauptaufgabe die Vorbereitung der gesetzgebenden Thätigkeit des Reichstages bilden würde. Die Schulinspektoren und die städtischen Obergespanne seien aufzulassen. Die Steuereintreibung sei den Comitaten zuzuweisen, die Zahl der Gerichtshöfe mindestens auf die Hälfte zu reducieren. Durch Einführung des Notariats werde eine große Zahl von Bezirksgerichten, durch Einführung des öffentlichen mündlichen Verfahrens der oberste Gerichtshof überflüssig.

Thomas Bely spricht für Erweiterung der municipalen Autonomie; das Communicationswesen, die Schulaufsicht, die Steuereintreibung müsse den Municipien zugewiesen, und auch die Justizpflege denselben zurückgegeben werden.

Eduard Jzedeny wünscht, daß das Ministerium der Finanzen nach englischem Muster derart umgestaltet werde, daß der Finanzminister sämtliche Ressortbudgets zusammenstellt, und für die Bedeckung in allen Ressorts Sorge trägt, wofür er dem Parlamente verantwortlich sei; daß er dagegen die Details der Finanzverwaltung einzelnen von ihm vorzuschlagenden Oberbeamten überläßt, die wieder ihrerseits verantwortlich sind. Durch eine solche Eintheilung würden in der Centralverwaltung, sowie in der gesammten Finanzverwaltung bedeutende Ersparnisse erzielt. Die für die Staatsbergwerke und Eisenwerke verlangten 5 Millionen seien zu streichen, da der Staat seit sechs Jahren fortwährend mit Verlusten von Millionen arbeite; überhaupt sei die Verwaltung der Staatsgüter und Forste an das Ackerbauministerium abzugeben. Das Communicationsministerium sei nach Senyys Vorschlag aufzulassen; dasselbe habe dem Lande nichts als ungeheure Verluste gebracht. Von den Staatsbahnlagen sei bloß die Flügelbahn Salgotarjan rentabel; alle übrigen verschlingen Aufsummen an Betriebsauslagen. Die kleineren subventionierten Linien seien zu größeren Gruppen zu vereinigen, die Staatsbahnlagen zu verpachten eventuell zu verkaufen. Vom Justizministerium verlangt Redner die Vorlage einer Novelle zur Prozeßordnung, ferner Besehrbarkeit der Richter, Verminderung der Zahl der Gerichtshöfe, Ueberweisung der Bagatellfachen an Comitatsbeamte; der Cassationshof sei vom nächsten Jahre ab aufzulassen. Das Ministerium am königl. Hoflager sei nur so lange zu belassen, als der gegenwärtige Minister an der Spitze desselben steht; im übrigen sei dessen Beamtenpersonal auf das Aussterbestat zu setzen. Im Kultusministerium seien die Schulinspektoren aufzulassen und im Beamtenetat desselben, gleichwie in jenem des Handels- und Honvedressorts, Reductionen vorzunehmen.

Präsident Sengerly entwickelt seine Ansichten über das Selbstregiment. Im Eingange bemerkt er auf die Aeußerungen der Presse über das Vorgehen des Einundzwanziger-Ausschusses bezugnehmend, es sei möglich, daß die Ergebnisse seiner Berathungen vielleicht nicht ganz

den Erwartungen entsprechen; gewiß aber ist es, daß dieselben positive Resultate aufweisen werden. Dafür bürge ihm das aufrichtige Streben der Ausschußmitglieder und das Entgegenkommen der Regierung, im Gegensatz zu der indifferenten, ja mißtrauischen Haltung eines großen Theiles der Presse. Bei der Reform der Administration müsse nicht bloß die finanzielle Seite maßgebend sein; die notwendigen Ersparungen werden aber nicht bei der Reorganisation erzielt werden, denn Reformen kosten eben Geld. Die Theilnahme an der Selbstverwaltung sei bisher in Ungarn nur als Recht, nicht als Pflicht angesehen worden; solle dieselbe wirklich Nutzen stiften, so müsse die gesetzliche Verpflichtung hierzu für jedermann ausgesprochen werden. Die von dem Vorredner empfohlene Erweiterung der municipalen Autonomie billigt er; im Zusammenhange damit müßte aber andern Mängeln des Municipalgesetzes abgeholfen werden. Es war ein großer Fehler, nicht gleich bei Schaffung des Gesetzes die Territorialeintheilung durchzuführen und die Regelung der Administration mit einer beispiellosen Verzichtsleistung auf die Befugnisse des Parlaments den Comitaten selbst zu überlassen, die ganze Verantwortlichkeit in der Person des Vizegespanns zu concentrieren und die städtischen Municipien aus den Comitaten auszuscheiden.

Deutschland und Frankreich.

Die „Norddeutsche Ztg.“ erörtert in dem nachfolgenden Artikel das zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Verhältnis:

„Vor einigen Tagen war zu Paris Krieg in der Luft; eine steigende Unruhe hatte sich dort der Gemüther bemächtigt. Börsenspeculanten sollen die Hand im Spiel gehabt haben und Potenzen dabei thätig gewesen sein, die alle Ursache hätten, bei derartigen Wendungen untheilhaftig zu bleiben; das „Journal de Paris“ gab unter der Adresse des „Paris-Journal“ darüber merkwürdige Andeutungen. Woher die Gerüchte kamen, ist somit nicht unerfindlich. Woher aber sollte der Krieg kommen, von dem sie verlauteten?“

Trotz aller Provocationen von französischer Seite, trotz der erbitternden Sprache der gesammten französischen Presse, trotz der Miserabilität des Benehmens aller Klassen der französischen Gesellschaft Deutschland gegenüber, sogar trotz der Freisprechung von Mördern unserer Landsleute durch französische Gerichtshöfe und ungeachtet der öffentlich erklärten Sympathien von Richtern und Anwälten zugunsten von Verbrechern, denen es als Verdienst beigegeben worden, sich gegen Deutsche vergangen zu haben, bleiben wir ruhig und halten Frieden. Daß wir mit Frankreich Händel suchen, daran glaubt auch in Europa niemand. Andererseits fehlt es freilich nicht an solchen, die von den Franzosen die Meinung hegen, sie würden, wenn heute ihr Heerwesen in Ordnung wäre, und wenn sie Bundesgenossen fänden, morgenden Tags gegen uns losschlagen. Einstweilen ist die in Frankreich selbst tief empfundene militärische Schwäche ein Pfand des europäischen Friedens. Die Ruchlosigkeit, den Streit vom Zaun zu brechen, wie es 1870 und früherhin häufig vonseiten Frankreichs und gegenüber geschehen, liegt nicht in unserer Art. Wir pflegen besonnener zu handeln und sittlichen Ernst zu betheiligen. Von einer Divergenz französisch-deutscher Interessen an sich kann aber vernünftigerweise nicht die Rede sein. Das ist die gegenwärtige Lage der Dinge.

Unser Antagonist ist zur Zeit das geistliche Rom. Wir bestehen einen schweren Kampf gegen päpstliche Herrschergelüste in weltlichen Dingen. Der Staat braucht alle seine Kräfte, um sich der staatsauflösenden Tendenzen zu erwehren, die unter dem Deckmantel der Religion den irreligiösen Zweck verfolgen, Millionen gottesfürchtiger Staatsbürger um des Gewissens willen in ihrer ererbten Treue gegen König und Vaterland wankend zu machen und für den Papst als das Haupt einer universellen Theokratie Truppen zu werben gegen die von Gott eingesezte Obrigkeit und nationale Staatsgewalt. Wir haben genug mit solchem Feinde zu thun. Daß er nicht durch Bundesgenossenschaft sich verstärke, ist unser eigenstes Interesse.

Und darin liegt die Gefahr für unser Verhältnis zu Frankreich, darin allein, daß der Feind, mit dem erfahrungsmäßig nicht zu pactieren, mit dem keine Versöhnung ist, sich nicht Frankreichs bemächtigt. Eine französische Regierung, die sich in den Dienst der römischen Priesterpolitik herabwürdigen ließe, würde, nicht weil sie die Regierung Frankreichs, sondern weil sie die Satellitin Roms wäre, eine uns feindselige Regierung sein, mit der wir nicht in Frieden leben könnten. Daher wendet sich unsere geschärfte Aufmerksamkeit auf das Gebaren derjenigen französischen Bischöfe, die durch ihre unvorsichtige oder durchdachte Parteinahme für die geistliche Rebellion in unsern Staaten das ihrige beitragen, ein Zerwürfniß zwischen Frankreich und uns, das wir nicht wollen, herabzuführen. Je deutlicher wir uns darüber erklären, daß durch eine fortgesetzte Intervention dieser Art ein Bruch unvermeidlich wird, desto unzweideutiger arbeiten wir an der Aufrechterhaltung des Friedensstandes zwischen den beiden Nationen.

Es ist absolut nichts zu fürchten für ein friedliches Nebeneinandersehen Deutschlands und Frankreichs, so lange unvermischt und ungetrübt die politischen Interessen der Nachbarländer sich geltend machen. Frankreich ist vermöge unserer Mäßigung und aufrichtigen Liebe zum Frieden, in der glücklichen Lage, unbehindert alles zu unternehmen, was zur Sammlung seiner nationalen Kraft erforderlich ist, ungehemmt seine politische Wiedergeburt zu vollenden. Es kann, ohne das geringste von unserer Seite zu befürchten, sich von Grund aus regenerieren, bis der Tag kommt, wo es sich stark genug fühlt, um den Frieden zu brechen, wenn es ihn dann brechen will. Wir scheuen den Ausgang nicht, daß Frankreich wieder ganz Herr seiner selbst sein wird. Wir hoffen, daß der Tag, an welchem es seine wiedergewonnene Macht darauf verwendet, die unserige in Frage zu stellen, niemals eintritt. Aber sobald sich Frankreich mit Rom identifiziert, wird es eben dadurch unser geschworener Feind. Eine rein französische Politik läßt sich nicht auf die Dauer, wohl vereinigen: ein der kirchenstaatlichen Theokratie unterthäniges Frankreich ist mit dem Weltfrieden unvereinbar. Trennung der französischen Regierung von der Sache des Ultramontanismus ist die sicherste Gewähr für die Ruhe Europas und für die friedliche menschenwürdige Fortentwicklung des politischen Lebens der Völker diesseits und jenseits der Vogesen.“

Politische Uebersicht.

Laibach, 21. Jänner.

Ein Circularerlaß des ungarischen Kultus- und Unterrichtsministers an die Universi-

Seuiffleton.

Das umgestürzte Gottesgericht.

(Aus dem Theaterleben.)

Ein alter, jetzt von einem Hoftheater pensionierter Schauspieler erzählt:

In einem der letzten zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts war ich als blutjunger Anfänger Mitglied einer reisenden Schauspielertruppe, welche in der Winterzeit die preussischen Städte Duedlinburg, Halberstadt und Nordhausen zu bereisen pflegte, aber während des Sommers, wo eine beträchtliche Anzahl der dieser Gesellschaft angehörenden Kunstjünger, nach der bei den Schauspielern üblichen Redensart auf die Weibe geschickt, das heißt entlassen worden, weil in den größeren Provinzialstädten in der warmen Jahreszeit der Theaterbesuch sehr gering, einige kleine Städte im Harzgebirge mit theatralischen Vorstellungen heimfuchte.

Zu diesen kleinen Orten zählte auch das Städtchen Stollberg, inmitten eines romantischen Thales des Harzgebirges gelegen, worin das Schloß des damals noch regierenden Grafen gleichen Namens stand.

Unser Director, Namens Hnaded, ein Deutschböhme, hatte bei der gräflichen Behörde um die Erlaubnis nachgesucht, während des im Juli dort stattfindenden Schützenfestes seinen Theatralarren hinzuzuführen, um das hohe und niedere Publicum, das sich während des Schützenfestes in Stollberg einfand, mit künstlerischen Genüssen zu erquicken.

Die Bewilligung seines Gesuchs war denn auch nicht ausgeblieben.

Zur festgesetzten Zeit traf die ganze, aus zehn Personen bestehende Truppe im Städtchen ein und eröffnete einen Tag später in einer großen hölzernen Bude, die in der Nähe des Schießplatzes zu diesem Zwecke errichtet war, ihre Vorstellungen.

Wie gering die Anzahl der Mitglieder auch war, wir wagten uns doch an größere Kokebuefche Stücke und sogar an Schiller'sche Tragödien. Auf die Ausführung letzterer Werke drang hauptsächlich der erste Held und Liebhaber, den die Natur mit einer herkulischen Gestalt und einem Bärenorgan begabt hatte. Nebenbei wurden auch Lust- und Singspiele und melodramatische Schauerstücke aufgeführt.

Obwohl die gräfliche Familie viele vornehme Gäste an diesem Volksfeste bei sich sah und das Städtchen, wie die naheliegenden Orte ihr Contingent zum Theaterbesuche stellten, so wurde unsere Bühne doch anfangs so wenig besucht, daß der Director dem nächstkommenden Tagetage nur mit Zittern und Zagen entgegen sah. Wie es schien, genügten unsere Kunstleistungen selbst den bescheidenen Anforderungen unseres Publicums nicht und schienen selbiges namentlich kein Behagen an der Darstellung klassischer Dramen und einfacher Lustspiele zu finden.

Da trat plötzlich ein Fall ein, der uns auf einmal in die Gunst der gräflichen Familie, wie überhaupt in die des ganzen Publicums brachte, und diese glückliche Geschäftswendung hatten wir dem untergeordnetsten aller bei der Truppe weilenden Subjecte, unserm Requisiteur und Zettelträger, zu verdanken.

An einem Abende, wo die gräfliche Familie und andere hochadelige Personen in unserer Bretterbude zufällig anwesend waren, tischten wir das alle, dem österröichischen Boden entsprossene Volksstück: „Die Teufels-

mühle am Wienerberge,“ dem ziemlich zahlreich versammelten Publicum auf.

In den ersten Aufzügen schien der hohe Adel und das bürgerliche und ländliche Publicum sich gründlich zu langweilen und keine klatschende Aufmunterung belohnte unser Spiel. Da kam aber die bekannte Scene des Gottesgerichts heran, wo der edle Ritter, Günther von Schwarzenau, mit dem bössartigen Haubegen Otto von Löbenstein auf Leben und Tod zu kämpfen hat. Bei den wenigen Mitgliedern unserer Truppe hatte unser Requisiteur, ein ächtes altenburger Kind, der das reinste sächsische Idiom sprach, die Rolle des Vorsitzenden beim Gottesgerichte, Ritter Hans von Stausen, übernehmen müssen. Er war aber nicht der Mann, viele Worte auswendig lernen zu können und so hatte er nur zu perorieren: „Ich, Ritter Hans von Stausen, eröffne hiermit das ehrjame Gottesgericht,“ und dann paukten der edle und der böse Ritter tüchtig auf ihre pappenen Schilde los. Die Tribüne des Gerichts hatte der Herr Requisiteur selbst errichtet. Ein kleiner, nicht mit allzu kräftigen Beinen versehenen Tisch, auf den ein Stuhl gestellt war — das Ganze mit einem ausgeborgten Leichenträgermantel schauerlich behangen — diente dem genannten Herrn zum hoherhabenen Sitze, von wo herab er die erwähnten Worte zu der aus vier Statisten und den beiden zornschneubenden Helden bestehenden Ritterschaft höchst feierlich im altenburger Dialekte sprach.

Der Kampf begann. Otto von Löbenstein, unser Heldenspieler, und Günther von Schwarzenau, den ich die Ehre zu vertreten hatte, wir stürmten auf einander los und schoben uns mit unsern Schilden von einer Ecke der kleinen Bühne bis zur andern. Da wollte es unser Glückstern, daß ich bei diesem wüthenden Kampfe mit

läten lautest folgendermaßen: „In Anbetracht der nicht bloß wissenschaftlichen, sondern auch auf das praktische Leben sich erzielenden Bedeutung des „ungarischen Staatsrechtes“ verordne ich hiemit, daß das ungarische Staatsrecht auch noch vor Festsetzung der im Plane vorliegenden neuen Rigorosenordnung von diesem laufenden Schuljahre angefangen als ein selbständiger Gegenstand des Rigorosums aus den rechtshistorischen Fächern aufgenommen werde.“

Die öffentliche Meinung in Frankreich hat sich in Bezug auf die das Verhältnis zu Italien betreffenden alarmierenden Gerüchte beruhigt, da es jetzt keinen Zweifel mehr unterliegt, daß diese Gerüchte von der Opposition verbreitet wurden, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Ernsthafte ist man beunruhigt durch die in der „Nordd. Allg. Ztg.“ enthaltene Verwarnung an Frankreich, zumal verlautet, das deutsche Cabinet finde das Rundschreiben des Ministers Fourton an die Bischöfe ungenügend und verlange, daß namentlich der Bischof Plantier von Poitiers vor Gericht gestellt werde wegen Beleidigung eines fremden Souveräns. Der genannte Bischof ist übrigens eigens nach Versailles gekommen, um dem Minister sein Bedauern auszudrücken, daß er durch seinen Hirtenbrief die Regierung in Verlegenheit gebracht habe.

Das „Journal de Paris“ schreibt: Fürst Bischof führt einen Kampf des Protestantismus gegen den Katholicismus. Wir werden diesem für den Katholicismus schmerzlichen, für den Fürsten Bischof gefährlichen Kampfe als einfache Zuschauer beiwohnen. Unser Interesse gebietet uns, im Frieden und in der Arbeit uns zu sammeln; wir werden aus dieser Sammlung nicht heraustreten.“

Die französischen Blätter replicieren auf den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ bezüglich des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich. Der „Francia“ bestrebt sich, die Bedeutung des Artikels abzuschwächen und ergreift dabei die Gelegenheit, gegen die seiner Ansicht nach von den Journalen der Linken mit Absicht colportierten alarmierenden Artikel zu sprechen, die nur darauf berechnet scheinen, die „wiederherstellende Politik“ und die Sicherheit des Landes zu trüben. „La Presse“ meint, Frankreich habe dem Papste bereits so viele Dienste geleistet, daß er ihm billige Verlegenheiten ersparen könnte, wie diejenigen, welche die Bischöfe mit ihren Hirtenbriefen provociert haben. „Journal de Paris“ schreibt: Die Regierung legt dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, welcher auf der pariser Börse Eindruck machte, keine Bedeutung bei. Man muß den religiösen Schwierigkeiten, mit welchen Deutschland jetzt zu kämpfen hat, Rechnung tragen und in diesen Artikeln kein Zeichen einer Mißbilligung zwischen den Regierungen erblicken. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik herrscht eine tiefere Ruhe als je. — Die pariser Journale veröffentlichen ein Schreiben des Deputierten Scherer mit Bezug auf eine von ihm an die „Daily News“ gerichtete Depesche, worin gesagt wurde, daß Italien im Falle des Bedarfs in der Anwesenheit des Kriegsschiffes „Diagona“ einen Kriegesfall finden würde. Scherer sagt, daß er lediglich ein in den Colonien der Nationalversammlung über die Sprache der italienischen Gesandtschaft verbreitetes Gerücht gemeldet, keineswegs aber eine Ansicht ausgedrückt habe.

Der Nationalrath in Bern erteilte den Beschlüssen des Ständeraths, wonach die Spielhäuser bis Ende 1877 zu schließen und alle cantonalen Eingang-

dem rechten Fuße eines der Tischbeine der so künstlich gebauten Tribüne etwas unsanft berührte. Die Folge war, daß das ganze Gerüst zusammenbrach und der altenburger Gottesrichter herabfiel. Mit kläglichem Stimmries er aus: „Kott straf mer! ich hätt' mer können Arme und Beene brechen!“ Dann raffte er Tisch, Stuhl und Leuchenträgermantel zusammen und retirierte damit hinter die Coulissen.

Zubelndes Gelächter und endloser Applaus ertönte im Publicum. Vor allem war das adelige Publicum so entzückt von dieser Szene, daß es dieselbe stürmisch dancapò begehrte und wohl oder übel mußte diesem Verlangen willfahrt werden. Der Vorhang wurde rasch heruntergelassen, das Gerüst von Hans von Stausen neu aufgebaut. Dann wieder Kampf und abermaliger Einsturz, dem der obenerwähnte Jammerruf nachfolgte. Noch an keinem Abende hatte man sich so amüsiert in unserer Bude, wie an diesem und auf allgemeines Verlangen mußte „Die Teufelsmühle am Wienerberge“ im Verlaufe einer Woche dreimal mit dem famosen Einsturz des Gottesgerichtes wiederholt werden, und bei jeder dieser Vorstellungen war unser hölzerner Kunsttempel bis zum Erdrücken gefüllt, so daß unser Director seine Mitglieder nicht nur vollständig befriedigen, sondern auch, als das Schützenfest ein Ende genommen, einen beträchtlichen Gewinn in der Tasche, mit uns die Reise nach einem andern Städtchen antreten konnte. Nicht minder glücklich war der Stürzler, Hans von Stausen. Für die Quetschungen und Beulen, die er sich bei dem oftmaligen Saltomortale zugezogen, hatte er ein recht hübsches Geschenk von oben herab erhalten und zugleich den Ruhm gewonnen, die Existenz aller seiner Kollegen für den ganzen Sommer gesichert zu haben.

gebühren bis Ende 1890 ohne Entschädigung aufzuheben sind, seine Zustimmung. — Die Bundesversammlung trat am 19. d. zusammen, um die Berathung über die Bundesrevision zu Ende zu führen.

Aus Estella wird zum Carlistenkriege unterm 13. d. gemeldet: „Der Carlistenführer Florente hat Briones und Rivasteca im District Rioja besetzt und 100 Gefangene gemacht, sowie eine Anzahl Pferde und eine Menge Waffen erbeutet. Elio hat acht fliegende Bataillone organisiert, um im Stande zu sein, die von den republikanischen Truppen bedrohten Punkte prompt schützen zu können.“

Das russische Reichsbudget für 1874 stellt die Einnahmen mit 540, die Ausgaben mit 337 und die Mehreinnahmen gegen das Vorjahr mit drei Millionen Rubel fest.

Tagesneuigkeiten.

— (Aus dem Vatican.) Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Paar fuhr im üblichen feierlichen Aufzuge zur ersten Audienz in den Vatican, wo derselbe vom heiligen Vater besonders gnädig aufgenommen wurde. In Begleitung des Botschafters befanden sich der Botschaftsrath Baron Hübnert d. J. und der ungarische Diplomat Botschaftssecretär Herr von Rosy. Der Papst erfreut sich vollster Gesundheit und mit regem Interesse nimmt er die Referate über den jetzt ganz Europa umspannenden Kampf über die „Papstwahl“ entgegen.

— (+ Feldmarschall Graf Berg.) In St. Petersburg ist der Statthalter des Königreiches Polen, Graf Fedor Fedorowitsch Berg, in seinem 84. Lebensjahre verstorben.

— (Selbstmorde.) In Gmunden haben sich innerhalb fünf Tagen zwei Hausbesitzer, nemlich Franz Enichlmayer und Johann Mayer in ihren Wohnungen erhängt. In beiden Fällen sollen Geistesstörungen den Selbstmord veranlaßt haben.

— (Die Blattern in Graz) erhielten sich auch in voriger Woche wieder auf gleicher Höhe mit der vorvorigen. Der Krankenstand im Blatternspitale belief sich auf 30—35 Köpfe.

— (Unglücksfall.) Der l. ungarische Steuer-einnehmer Wilhelm Pauli und dessen Gattin wurden am 14. d. M. in Agram in ihrer Wohnung todt im Bette gefunden. Sie waren erst einige Tage verheiratet und fanden wahrscheinlich durch unvorsichtiges Absperrn des Ofenentfens den Erstickungstod.

— (Mord.) In Grebice im Kranjcer Bezirke in Kroatien wurde am 8. d. ein gewisser Johann Bastasi, welcher beim bestandenem l. l. Bezirksamte Klanec als Diurnist bedienstet war, in einem dortigen Wirthshause auf gräßliche Weise seiner Schraft beraubt und sodann vollends ermordet. Die Thäter sollen bereits ermittelt und dem Strafgerichte übergeben worden sein.

— (Ein Pflanzen-Chamäleon.) Der Bischof von Canton hat dem pariser Acclimationsgarten eine sehr seltsame chinesische Pflanze zugeschickt, die Europa nie zuvor besessen hat; diese Pflanze, die ein glänzender Beweis chinesischer Gartenkunst ist, wechselt im Laufe eines einzigen Tages je dreimal die Farbe und hat darum auch von den Botanikern den Namen Hibiscus mutabilis erhalten.

Locales.

Boranschlag der Stadtgemeinde Laibach für das Jahr 1874.

A. Bedeckung.

I. Gefälle: Eisgruben fl. 175; Waggeld fl. 150; Markthandgeld, Bierzuschlag, Pflastermauth, Schlachtgebühren, Zuschläge auf Brandwein und Spirituosen fl. 35,500; Verzehrungssteueraversum fl. 46,857; Markthütten- und Platzstandgelde fl. 490; Zinskreuzer fl. 8000; Eimenterungsbeitrag fl. 100, zusammen fl. 91,272.

II. Taxen: Bürgerrechtstaxen fl. 200; Aufnahmetaxen fl. 90; Hundsteuer fl. 1100; Localaugenscheintaxen fl. 100, zusammen fl. 1490.

III. Beiträge und Vergütungen: Für die Wasserleitung fl. 12'6; für die tirnauer Schule fl. 42'37 1/2; Realschulfondesinteressen und Schulbeiträge fl. 871'87; Straßenbeitrag fl. 276'15 1/2; Badeplatzins fl. 75; für Schuldgeschäfte fl. 300, zusammen fl. 1578.

IV. Realitätenertrag: Miethzins fl. 3330; Wiesen-Pachtzuschlagselder fl. 2582, zusammen fl. 5912.

V. Fivoli: Miethzins fl. 1620; Grundpachtgelde fl. 3372, zusammen fl. 4992.

VI. Erlös für Materialien: Baumschule fl. 500.

VII. Zinsen: Von Kapitalien fl. 48.

VIII. Umlage: Für Volksschulzwecke fl. 11,200.

IX. Verschiedenes: Schulgelde fl. 1440; Hauptmanza (Kauschilling sammt Zinsen) fl. 3617; Suppangründe fl. 3186; sonstige Zuflüsse fl. 130, zusammen fl. 8373.

X. Militärbequartierung: fl. 4738; Gesamtbedeckung fl. 130,103.

B. Erfordernis.

I. l. f. Steuern fl. 1761.

II. Auswärtige Zinsen und Gaben fl. —

III. Stiftungen fl. 2055.

IV. Lehranstalten:

1. Realschule: Miethzins fl. 750; Dotation fl. 900; Lehrmittel fl. 100; Diener fl. 226'80; Relutum fl. 75'60; Laborant fl. 75'60; Relutum fl. 25'20; Bibliothekzins fl. 110'70; Brennholz fl. 151'92; Verschiedenes fl. 100; Theuerungsbeitrag fl. 66'66 1/2, zusammen fl. 2582'48 1/2.

2. Gewerbeschule fl. 500.

3. Städtische Volksschulen: Lehrer fl. 8870; Gehäldezins fl. 700; Schulerfordernisse fl. 343; Beheizung fl. 154; Verschiedenes fl. 100, zusammen fl. 10,163.

4. Tirnaus Schule: Lehrer fl. 310; Erfordernisse fl. 50, zusammen fl. 360.

5. Mädchen Schule: Dotation fl. 1632; Requisiten fl. 185'51 1/2, zusammen fl. 2817.

6. Ortsschulrath: fl. 50;

7. Schule auf dem Morast: fl. 570, zusammen fl. 17,043.

V. Beiträge für Kirchen, Pfarren und Schulen: Franziskaner-Convent fl. 40; Thierhospital fl. 63; evangelische Schule fl. 100; Armenhaus fl. 157; Handelskammer fl. 72; botanischer Garten fl. 105, zusammen fl. 537.

VI. Beamtenbesoldungen: fl. 14,576.

VII. Löhnungen: Diener und Stadtwache fl. 11,700.

VIII. Pensionen und Provisionen: fl. 8027.

IX. u. X. Deputate und Gehühren: fl. 2076.

XI. Remunerationen und Zuschüsse: fl. 1500.

XII. Kanzleierfordernisse: Pauschalien fl. 320; Buchdrucker fl. 600; Buchbinder fl. 80; Beheizung fl. 1000; Verschiedenes fl. 641, zusammen fl. 2641.

XIII. Diäten und Commissionsgebühren: fl. 100.

XIV. Sanitätsauslagen: Aerzte fl. 1915; Armenmedicamenten fl. 1000; Verschiedenes fl. 1407, zusammen fl. 4322.

XV. Spitalsauslagen: Civilspital fl. 2400; Elisabeth-Kinderspital fl. 300; Verschiedenes fl. 100, zusammen fl. 2800.

XVI. Sicherheitsauslagen: Invaliden fl. 61; Wachenmeister fl. 200; Arrestanten fl. 500; Patrouillendienst fl. 200; Taglöhner fl. 100; Verschiedenes fl. 60, zusammen 1121.

XVII. Baureparaturen und Conservationsarbeiten: Rauchfanglehrer, Assurance u. s. w. fl. 1300; Waffen- und Plätze fl. 4000; Straßen fl. 1000; Brücken fl. 900; Baumaterialien fl. 6050; Handwerksleute fl. 770; Wasserleitung u. s. w. fl. 400; Alleen u. s. w. fl. 600, zusammen fl. 15,020.

(Schluß folgt.)

— (Das Ursulinerinnenkloster in Laibach) erlitt einen herben Verlust; dessen hochwürdige Oberin M. Maria Johanna, geborene Freim von Bierheim, ist am 19. d. im hohen Alter von 77 Jahren gestorben. Schon im zarten Alter von 5 Jahren trat Baroness Bierheim in die klösterlichen Räume, entsagte weltlichem Rang und weltlichen Freuden, vollstreckte 53 Professionsjahre und widmete sich der Erziehung der weiblichen Jugend. Durch 18 Jahre war sie dem ehrwürdigen Convente der Ursulinerinnen eine edle, sorgsame Mutter, eine humane Vorsichterin; sie war auch eine tüchtige freundliche Leiterin der Mädchenschule. Das feierliche Leichenbegängnis fand gestern nachmittags um 4 Uhr statt; ihrem Sarge, den die Pensionärinnen mit prachtvollen Kränzen schmückten, gaben die hochw. Geistlichkeit Laibachs, der hochw. Herr Fürstbischof an der Spitze, viele Honoratioren, hunderte von Frauen und Kindern das Geleit zur stillen Ruhestätte bei St. Christoph.

— (Die Schulen der philharm. Gesellschaft) wurden mit dem gestrigen Tage wieder geöffnet.

— (Landschaftliches Theater.) Zum Vortheile unseres ersten sehr verdienstvollen Operntenors Herrn Khalb gelangt morgen Rossinis große Oper „Wilhelm Tell“ zur Aufführung. Der Männerchor wird durch freundliche Mitwirkung einiger Mitglieder des slov. dram. Vereines verstärkt werden. Der vorzüglichen Begabung Herrn Khalb verdanken wir das heutige ganz exquisite Opernrepositoir; seine bisherigen hervorragenden Leistungen wurden vom opernfreundlichen Publicum auch jederzeit mit Beifall ausgezeichnet. Dasselbe wird gewiß nicht säumen, den Ehrentag des Benefizianten durch zahlreichen Besuch der morgigen Opernvorstellung mitzufeiern.

— (Aus dem Vereinsleben.) Am 18. d. fand die Jahresversammlung des hiesigen Arbeiterbildungsvereines statt. Dieselbe war zahlreich besucht. Obmann Kunz erstattete den Bericht über das Wirken des Vereines im Jahre 1873. Redner hob hervor, daß im bezeichneten Jahre drei Fachvereine gegründet wurden; er betonte, der Arbeiterverein könne sich hiemit zufriedenstellen, da der Grund zu einer tüchtigen Organisation nunmehr gelegt und es jedem einzelnen Fache nunmehr möglich ist, für sein eigenes Interesse zu sorgen. Der Arbeiterverein werde zwar die bisherige numerische Stärke an Mitgliedern nicht mehr erhalten, jedoch sei es Pflicht aller selbstbewußten Arbeiter, sich an das gemeinsame Band festzuhalten und so für alle Arbeiterkreise bestens zu wirken. Auch für ein sicheres Institut, dazu bestimmt, die Arbeiter in Unglücksfällen zu unterstützen, wird im neuen Jahre Sorge des Vereines sein müssen. Der Obmann bedauert die vom Ausschusse des Arbeiter-Krankendvereines durchgeführte Losrennung desselben vom Arbeitervereine; er weist die Angriffe über angeblich geheime Pläne und Bestrebun-

gen des Arbeitervereines entschieden zurück; dem Krankenunterstützungsvereine gehe das sociale Wirken der Arbeiter nicht an. Redner betont, es müsse im neuen Jahre auf vielfältiges Verlangen ein neuer Krankenverein für industrielle Arbeiter gegründet werden, dessen Verwaltung in Händen der Arbeiter verbleibe. Der Obmann wirft hierauf einen Blick auf die heutige Geschäftskrise, insolge derselben viele Arbeiter zu leiden haben; er fordert die Anwesenden auf, unparteiisch zu bleiben und einzig dem eigenen Ziele zuzusteuern. — Hiernach wurde der Finanzbericht vorgetragen, zur Prüfung desselben wurden fünf Revisoren gewählt. — Die Ausschüsse ergaben folgendes Resultat: zum Obmann Mathias Kunz, zu dessen Stellvertreter Vincenz Forstl, zum Schriftführer Prinz, als Stellvertreter Lutzki, als Rechnungsführer Friedrich Kinkel, als Kassier Anton Ravnitar und 9 Ausschüsse. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die unterstützenden Mitglieder, die Herren Raringer, Doberlei und Hariman, die Beiträge für 1874 entrichtet haben, und wird denselben sowie auch der Firma Ign. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg für das unentgeltliche Zulommenlassen der „Laibacher Zeitung“ und des „Tagblatt“ der wärmste Dank ausgesprochen.

(Nationalbank.) Die für das 2. Semester 1873 auf jede Actie der priv. österr. Nationalbank entfallende Dividende von 37 fl. ö. W. kann, einer Kundmachung der Direction zufolge, vom 19. d. M. an bei der Nationalbank in Wien so wie bei sämtlichen Escomptofirmen derselben behoben werden.

(Landespferdezucht.) Bei den Licencierungen der Privatpferde (pitzgauer Schlages) wurden in Laibach 5, in Stein 6, in Krainburg 7 und in Radmannsdorf 4 Hengste vorgeführt. Davon wurden als zuchttauglich anerkannt in Laibach 1, in Stein 3, in Krainburg 2 und in Radmannsdorf 3. Von 22 daher 9.

(Falsche Goldmünzen.) Beim t. t. Bezirksgerichte Planina befindet sich ein ausweisloses Individuum in Haft, welches sich August Dombberger aus Reichenhall nennt, und im Besitze von 115 Stück größeren und kleineren ducatenähnlichen Münzen mit dem Bilde der Königin Victoria von England und dem Reverse eines Doppeladlers mit dem Reichsapfel betreten wurde. Der Inhaftierte trieb mit diesen Münzen großen Schwindel, indem er dieselben als echtes Gold an das Landvolk verkaufte. Dombberger gibt an, daß er die vermeintlichen Goldstücke über Anweisung eines aus Greisenburg in Krainen gebürtigen Marinesoldaten, namens Josef Heymann, aus einem Strohdache als Schatz behoben habe.

(Kraub.) Maria Binné, Inwohnerin aus Graße im Bezirke Krainburg, wurde am 20. Dezember 1873, als sie mit einem Handwägel auf den Wochenmarkt nach Laibach fuhr, im söniger Walde um 3 Uhr morgens von einem unbekanntem Manne beraubt und ihr ein Handkörbel von mittlerer Größe, geflochten, weiß, von länglicher Form, in der Mitte mit einem Trageis, darin 50 Stück Eier, ein Sack von Hanf, grau, abgetragen, ohne Merkzeichen auf 1 Wertling Inhalt, 1 Delflasche vom grünen Sauerbrunnenglase, eine Barschaft von etwas über 1 fl. Kleingeld in einem Geldbeutel aus einer im ganzen verarbeiteten Katzenhaut, deren Füße zugenäht, mit einem Schnürl zum Zubinden versehen, schon alt, ziemlich schmutzig und abgetragen, im Gesamtwerte von 3 fl. 81 kr. gewaltsam abgenommen. Der Räuber war bei 40 Jahre alt, mehr kleiner, untersehter Statur ohne Bart, blickte mit einem ganz zerrissenen tuchenen kurzen Röckel, so daß von beiden Aermeln Fetzen herabhängten, schwarze Leinwandhosen, Stiefel.

(Theaterbericht vom 21. d.) „Die Tagd nach dem florentiner Strohhüte“ fand vor sehr schwach besuchtem Hause statt. Diese von Juin und Herz recht gut gearbeitete Posse zählt amüsante das Zwerchfell erschütternde Szenen, namentlich jene, in welcher sich Thomas Hasel (Herr Köhler) der Baronin Leypertau (Frau Kozky) vorstellt. Frau Kozky spielte die Beschützerin der Künste und Wissenschaft so pitant, daß ihr das Publicum wiederholt lauten Beifall und Hervorrufe zollte. Die Herren Köhler, Fahr (Mischler), Widaner (Trumler) und Fräulein Rosenberg (Veni) wirkten recht lobenswürdig. Fräulein Wolf weiß besser mit dem Pas als mit dem Rollenmemorieren umzugehen. Beifügen möchten wir noch die Bemerkung,

daß in letzter Zeit die Schlußszenen sich milder Klappend abspielten.

(Fräulein Rosens Erfolge in Salzburg.) Der Opernreferent der „Salzburger Zig.“ nennt die Mittel, über die Fräulein Rosen verfügt, einen kostbaren Schatz. „Die Dame weiß aber auch diesen kostbaren Schatz künstlerisch zu verwehren und Effecte zu erzielen, welche den Kenner entzücken.“

(Vom Bäckertische.) Aus A. Hartlebens Verlag in Wien liegen uns folgende empfehlenswerthe Druckschriften vor: Lieferungen 1, 2, 3 und 4 von: „Gemeinnütziges Kräuterbuch.“ Kurzgefaßte Beschreibung aller als Volksmittel bekannten Pflanzen, ihres Gebrauchs, Namens, ihrer Wirkung, ihres Anbaues, ihrer Einjammlung und Aufbewahrung, nebst Anweisung zur Bereitung der wichtigsten Kräuteressenz, Arzneien, Hausmittel u. s. v. Von Ferdinand Siegmund. Mit 100 Abbildungen. (Complet in 8 Lieferungen à 25 kr.)

Ferdinand Siegmunds „Gemeinnütziges Kräuterbuch“ ist ein Volksarzneibuch im besten Sinne des Wortes und sei hiemit unsern Lesern auf das wärmste empfohlen. Das Werk fußt auf den Prinzipien der neuesten medizinischen Forschungen und betrachtet alle Heilmittel ohne jede Charlatanerie und Quacksalbereien vom praktischen Standpunkte aus. Zahlreiche hübsche Illustrationen, ein alphabetisches Verzeichnis der Krankheiten, gegen welche sich in diesem Buche erprobte Heilmittel vorfinden, sowie endlich ein klarer leichtverständlicher Text, erhöhen die Brauchbarkeit dieses Kräuterbuches. Bestellungen besorgt die Buchhandlung Ign. v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

(Die heimische Handelswelt) machen wir auf das in Berlin erscheinende „Deutsche Handelsblatt“ — Wochenblatt für Handelspolitik und Volkswirtschaft, zugleich Organ für die amtlichen Mittheilungen des deutschen Handelstages, herausgegeben von Dr. A. Meyer, Generalsecretär des deutschen Handelstages, — aufmerksam. Diese Wochenchrift bespricht die Thätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften, das Bank-, Actien-, und Eisenbahnwesen, bringt Verhandlungen über Gesellschaften und Vereine, Kundgebungen des ständigen Ausschusses des deutschen Handelstages und behandelt nationalökonomische Fragen. Das Handelsblatt kostet vierteljährig 1 Thaler 10 Sgr. und die Buchhandlung Ign. v. Kleinmayr und Fedor Bamberg in Laibach ist bereit, Bestellungen zu besorgen.

Stimme aus dem Publicum.

Die Blatternkrankheit entriß einer Familie den ernährenden Vater und die bereits erwerbsfähige Tochter. Die Diurnistenwitwe P. . . . in Laibach, Stadt 183, ist nicht im Stande, die Leichenkosten zu bestreiten; ihr Erwerb reicht nicht hin, um sich und ihre noch unverforgen vier Kinder zu ernähren. Edle Menschenfreunde wollen einen Act der Barmherzigkeit üben und Unterstützung gewähren. Das Comptoir der „Laib. Zig.“, Sternallee, ist so freundlich, milde Spenden für Witwe P. . . . in Empfang zu nehmen. Dz

Neueste Post.

Wien, 21. Jänner. In der nächsten Herrenhausitzung bringt die Regierung ein: den Gesekentwurf, betreffend die Wahrung der Rechte der Pfandbriefbesitzer, und den Gesekentwurf, betreffend die Anlegung von Eisenbahnbüchern, dann betreffend die Wahrung der an einer Eisenbahn eingeräumten Hypothekrechte und die Sicherung der Rechte von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Graz, 21. Jänner. Die Handelskammer wählte zum Präsidenten den Kaufmann Oberanzwayer und den Kaufmann Julius Krepesch zum Vizepräsidenten.

Best, 20. Jänner. Im Einundzwanzigerauschuße legte das Ministerium die Budgetentwürfe für 1875, 1876 und 1877 vor. Hiernach würde für 1875 das Deficit 21 Millionen, für 1876 14 1/2 und für 1877 12 1/2 Millionen betragen. Durch Ersparungen und Steuerreform wäre eine jährliche Mehreinnahme von 12 1/2 Millionen präliminirt.

Börsebericht.

Wien, 20. Jänner. Die Börse verkehrte in ruhiger, fester Haltung. Mehrere Speculationspapiere stiegen beträchtlich und Anlagewerthe zeigen Beliebtheit. Ratt...

Table with multiple columns listing financial data, including exchange rates for gold, silver, and various bank notes, as well as interest rates for different types of bonds and securities.

Telegraphischer Wechselkurs

nom 21. Jänner. Papier-Rente 69.50. — Silber-Rente 74.60. — 1868er Staats-Anlehen 107.50. — Bank-Actien 986. — Credit-Actien 241.75. — Loubon 113.55. — Silber 107.75. — R. t. Münz-Ducaten. — Napoleons'd'or 9.05 1/2.

Wien, 21. Jänner. 2 Uhr. Schlußcourse: Credit 241 1/2, Anglo 153 1/2, Union 130 1/2, Francobank 43, Handelsbank 91, Vereinsbank 17, Hypothekarrentenbank 22, allgem. Baugesellschaft 77 1/2, wiener Baubank 90, Unionbaubank 51, Wechselbank 16 1/2, Brigittenauer 18 1/2, Staatsbahn 336, Postbank 173 1/2. Schwach.

Handel und Volkswirtschaftliches

Laibach, 21. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 5 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 41 Zentner, Stroh 12 Zentner), 27 Wagen und 2 Schiffe (13 Klasten) mit Holz.

Table showing market prices for various goods such as wheat, corn, oil, and other commodities, with columns for item names and prices.

Mudolfswerth, 19. Jänner. Die Durchschnittspreise stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

Table showing average market prices for various goods, similar to the previous table but with a focus on average values.

Angelommene Fremde.

Am 21. Jänner. Hotel Sadt Wien. Esf, Lucca. — v. Dorotka, Belgier, bestiger, Neumarkt. — Tschuscher, Kantweil. — Schindler, vater, Sagor. — Frau Tschistern, Ingenieursgattin, St. Pölten. — Ott, Weisender, Wien. — Gayer, Widem. Hotel Elephant. Pent, Seit, Kreuz. — Kerzic, Krainburg. — Pollak, Kfm., Pest. — Kappus, Pfarrer. — Stiffner, Thal. — Marchucelj, Luggattin und Bichini, Trieste. — t. t. Artillerie-Oberlieutenant. Bairischer Hof. Gatto, Casellnovo. — Jol, Postmeister, Widem. — Franceschi.

Theater.

Heute: Die Fabrikmädchen. Komische Operette in 2 Akten. Jüngen. Diesem geht vor: Feuer in der Mädchenfabrik. Lustspiel in 1 Akt.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with meteorological data for Laibach, including temperature, wind direction, and weather conditions for different times of the day.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Private Notierung: Geld 85, Barre 89.